

Vorbemerkung

Die Universitäten stöhnen, die Rektoren sehen für die nächsten Jahre kaum eine Entspannung, das österreichische Hochschulwesen verliert an Terrain. Nachhaltige Hochschul- und Forschungspolitik, eine Perspektive für faire Arbeits- und Ausbildungsbedingungen ist kaum auszumachen. Das Abarbeiten - besser wohl Abreagieren - an Sündenböcken eignet sich in der Regel dazu, vom Wesentlichen abzulenken, aber nicht einmal das gelingt überzeugend und schon gar nicht nachhaltig, wie diese Glosse darlegt.

Was vorgeblich nicht geht und was dann doch

In der Hochschulpolitik scheint derzeit nichts mehr zu gehen, der Minister bekommt seine ersehnten Studiengebühren nicht, die Universitätsmilliarde stellt sich – sollte sie wirklich kommen – bei genauerem Nachrechnen als eher mickrige Abdeckung des laufenden Mehrbedarfs heraus, die StEOP und sonstige Maßnahmen zur Reduzierung bzw. Kanalisierung von Studierwütigen haben vorhersehbare negative Nebenwirkungen gezeitigt usw. Die Sache Lehrerausbildung stockt und outet sich – auch das war vorhersehbar – als politischer Kampf um Macht und Einfluss zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen bzw. anderen „Trägern“ sowie zwischen den Interessenssphären zwischen Bund und Ländern. Kompromisse werden bereits auf höchster Ebene ausgehandelt – um in erster Linie die politischen Machtgelüste auszugleichen, nicht um die Qualität der Lehreraus- und Fortbildung zukunftsfähig zu machen. Andererseits macht die Politik ansehnliche Mittel locker, wenn es darum geht, Prestigeprojekte zu hätscheln: Die Exzellenzinstitution ISTA (Institute for Science and Technology Austria) erhält eine Zukunftsgarantie auf 14 Jahre und wird mit 1,4 Mrd. € ausgestattet usw. Diese Bevorzugung einer Exzellenzinstitution hat derzeit eine Kehrseite, nämlich die Diskriminierung von Universitäten und der Akademie der Wissenschaften. Letztere, der auf Grund des jahrelangen finanziellen Engpasses die Entlassung von Mitarbeitern und die Schließung von Forschungseinrichtungen droht, Kürzungen des Stipendienprogrammes der ÖAW schon jetzt hinnehmen musste, protestierte öffentlich¹.

Fluchtreaktionen aus Hilflosigkeit

Weil nun Stillstand erreicht ist, werden vorzeigbare Sündenböcke präsentiert, die man stellvertretend für die Hochschulmisere abwatschen kann. Vor etwa zwei Jahren waren es die sog. „Numerus-Clausus-Flüchtlinge“, auf die Politik und Boulevard lustvoll einprägeln – die Sache hatte nur den Haken, dass es einfach nicht möglich war, auf diese deutschen Flüchtlinge die österreichische Hochschulmisere zu schieben. Jetzt werden eben andere alte Hüte reaktiviert, wie die Bummelstudenten (in moderner Diktion: „Langzeitstudierende“) und die sog. „Inaktiven“. Sie sollen zur Ordnung gerufen werden, sollen fertig zu studieren, damit die Input-Outputrelationen in besserem Licht erstrahlen. Als Anreiz (ein bisschen Peitsche scheint sein zu müssen, der Boulevard wird es begrüßen) sollen die Nichtwilligen mit Studiengebühren pönnalisiert werden (ebenso wie Nicht-EU-Bürger, die bei uns studieren, sie sollen die doppelten Gebühren berappen, nicht weil sie zu lang studieren oder sonst gegen Studienusancen verstoßen sondern nur auf Grund ihrer Staatszugehörigkeit). Eigentlich ist die Hatz gegen Bummler und Studienabbrecher absurd, es gibt ohne Zahl berühmte Beispiele für Langzeitstudierende, die (auch akademische!) Karriere gemacht und für Studienabbrecher, die wichtige Positionen in Wirtschaft, Kultur, Politik etc. erreicht haben.

¹ Standard 29.2.2012: Amputierte Akademie ohne potente Gönner

Den „Bummelern“ und „Inaktiven“ wird vieles unterstellt, woran sie aber keinen Anteil haben: Sie sind z.B. nicht schuld an überfüllten Hörsälen, Lehrveranstaltungen oder miserablen Betreuungsverhältnissen. Eher im Gegenteil: Studierende, die keine LV besuchen oder keine Prüfungen ablegen, belasten nichts und niemanden (vielleicht mit Ausnahme der Administration, denn auch Karteileichen müssen verwaltet werden). Da nicht weiter nachgefragt wird, was die Gründe für die Studienverzögerungen sind, sind wir auch nicht in der Lage, die Betroffenen Erfolg versprechend zum beschleunigten Studienabschluss zu motivieren (Wie wäre es, würde man die Tatsache in Erwägung ziehen, dass ca 60% der Studierenden berufstätig sind?). Diese inkriminierte Gruppe soll nun für ihr abweichendes Studierverhalten durch die Studiengebühr, die unter diesen Voraussetzungen zu einer Strafgebühr mutiert, gemäßregelt werden. Letztere kann nun folgendes bewirken: Die Betroffenen brechen sofort ihr Studium definitiv ab, was keinen Euro an Studiengebühren bringt und die Output-Bilanz nicht verbessert. Ein Teil der Studierenden wird vielleicht zähneknirschend zahlen und so weiter machen wie bisher, weil sich ihre Lebens- und Studierverhältnisse nicht verändert haben.

Würde es hingegen tatsächlich gelingen, die Inaktiven zu motivieren und sie zurück in die Hörsäle und vor die Prüfungssenate zu bringen, so würde dies sofort zu einer drastischen Verschlechterung der herrschenden Studienbedingungen für alle Studierenden führen: Wenn die Zahlen stimmen und ca 1/3 der Studierenden „inaktiv“ sind, dann würde das bedeuten, dass wir sofort um ca 1/3 mehr Studienplätze, Betreuung etc. benötigen als bisher. Für viele Studienrichtungen wäre das eine glatte Katastrophe. Die Überlastung vieler LV und Lehrenden würde noch zunehmen. Die Qualität der Lehre würde wegen der miserablen Betreuungsverhältnisse weiter fallen (müssen).

Das zuständige Ministerium erhöht aber nicht nur auf die Bummel etc. den Druck, sondern auch auf die Universitäten, nach der Spielart Zuckerbrot und Peitsche: Die Mittelvergabe soll vermehrt an eine Liste von Leistungskriterien gebunden werden, Schwerpunkte sollen besonders belohnt werden, darunter fallen insbesondere erfolgreicher Kampf gegen Drop-outs und Inaktive (wird mit 270 Mio belohnt), Steigerung der Absolventenzahlen, Drittmitteleinwerbung (67 Mio), vermehrte Kooperationen (45 Mio). Eine explizite Verbesserung der Studien- und Arbeitsbedingungen, eine konkrete Verbesserung der Qualität der Lehre, des Stipendiensystems, eine bessere Finanzierung von Projekten, Förderung des akademischen Nachwuchses, u.dgl. hingegen stehen nicht im Angebot des Ministeriums. Im Gegenteil, es gehen viele der Forderungen des Ministeriums direkt zu Lasten der Qualität der Lehre: Viele Habilitierte sind mit Diplomarbeitsbetreuung und Prüfungen in einigen Studienrichtungen hoffnungslos überlastet. Um die Masse der Diplomprüfungen zu bewältigen, wurde in den betroffenen Studienrichtungen deren Dauer auf die Hälfte gekürzt ... Wo bleibt da der Protest der eigens installierten Qualitätssicherungsagentur, die per definitionem ein Auge auf die Einhaltung inhaltlicher und qualitativer Standards haben soll? Und nebenbei: Was die Qualität betrifft, so erinnert vieles an die Verhältnisse in der Industrieproduktion der DDR, als dort mit ramponiertem Maschinenpark die Produktion an und über die Leistungsgrenze gefahren werden musste, um die geforderten Quantitäten / Planzahlen zu liefern. Dieses Praxis wurde damals als „Tonnenideologie“ verspottet, ein Begriff, der die Ersetzung der Qualität durch Quantität karikierte. Darf die Analogie zu den Bedingungen an unseren Universitäten angedacht werden? Erzeugt nicht hier zu Lande im tertiären Bildungssektor ein verstärkter Druck auf mehr quantitativen Output unter den gegebenen Arbeits- und Betreuungsbedingungen fragwürdige Ausbildungsqualität?

Schlussbemerkung

In der Bildungs- und Hochschulpolitik gibt es auf politischer Ebene schon lange Pattstellungen und ein Verharren in trotzig-bockigen Grabenkämpfen. Wirkliche Auswege bzw. neue Weichenstellungen sind nicht in Sicht. Das Auf- und Abgreifen der Problematik

der Bummler, der Inaktiven etc. ist wie ein Säuseln im Wind ohne nachhaltige Effekte. Das Ausloben von Honoraren für besonders kreativ-systemkonformes Verhalten und das Androhen des Gegenteils entspricht zwar den paternalistisch-autoritären Traditionen der Obrigkeit ihre nachgeordneten Institutionen zu disziplinieren und gegebenenfalls zu spalten, ... man mag das auch anders nennen und charmanter beschreiben ... Auch wenn Sündenböcke herausgegriffen und in die Zange genommen werden, so ändert dies absolut nichts an der aktuellen Misere an den Hochschulen. Geld lieber in die Förderung von Eliten zu investieren statt in die qualitative Verbesserung der Ausbildung aller Studierender verstärkt soziale Ungleichheiten und spaltet den tertiären Sektor in zwei Klassen. „Eine solche Strategie ist in einer offenen Gesellschaft, die den Wert der Chancengleichheit hochhält, grundsätzlich illegitim.“²

Es sind die Universitäten gefordert, selbst einen emanzipatorischen Akt zu setzen und zukunftsfähige Konzepte für Forschung und Lehre zu entwickeln, indem sie eigene Vorstellungen zur Finanzierung, Organisationsstrukturen etc. der Politik vorgeben, von der ganz evident nichts zu erwarten ist und die auch jetzt angesichts des weiteren Absturzes im internationalen Ranking³ (für den in erster Linie die desaströse finanzielle (und in folglich materielle, personelle) Ausstattung verantwortlich gemacht wird) offensichtlich bereit ist, auch dieses Debakel auszusitzen.

² Richard Münch: Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, Frankfurt, 2009, S. 137

³ Standard, 15.3.2012